



An den Grossen Rat

20.5015.04

BVD/P205015

Basel, 9. April 2025

Regierungsratsbeschluss vom 8. April 2025

Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend «rauchfreie öffentliche Spielplätze»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 19. April 2023 vom Schreiben 20.5015.03 des Regierungsrates Kenntnis genommen und – dem Antrag des Regierungsrats folgend – den nachstehenden Anzug Christian Griss und Konsorten stehen lassen und dem Regierungsrat zum erneuten Bericht überwiesen:

«In der Interpellation von Christian Griss betreffend lebendige und saubere Plätze in Basel vom Juni 2019 (19.5262.01) wird die Prüfung eines Rauchverbots auf öffentlichen Spielplätzen thematisiert. Die Gründe eines Rauchverbots auf öffentlichen Spielplätzen liegen auf der Hand:

- Kinder werden vor Passivrauch geschützt.
- Eltern verzichten in Anwesenheit von Kindern auf das Rauchen und nehmen so ihre Vorbildfunktion wahr.
- Zigarettenstummel enthalten giftige und krebserregende Substanzen. Werden sie unachtsam weggeworfen, können sie die Gesundheit von Kindern gefährden. Ein Verschlucken kann zu Vergiftungserscheinungen führen.
- Zigarettenstummel verrotten extrem langsam. Auf einem rauchfreien Spielplatz entsteht weniger Abfall und die Reinigungskosten werden reduziert.

Die Idee von rauchfreien Spielplätzen ist nicht neu. Sie wurde bereits in verschiedenen Kantonen umgesetzt und auch in Baselland kennen einzelne Gemeinden (u.a. Liestal, Pratteln und Münchenstein) ein entsprechendes Rauchverbot. Im Dezember 2019 überwies der Landrat des Kantons Basel-Landschaft der Regierung eine Motion von Miriam Locher für rauchfreie Spielplätze und Schulareale. In Basel-Stadt planen die Bildungslandschaften der Primarschulen Bläsi, St. Johann/Volta, Thierstein, Wasgenring und Gotthelf gemeinsam mit dem Gesundheitsdepartement BS und der Stadtgärtnerei eine Sensibilisierungskampagne für rauchfreie Spielplätze.

Die Unterzeichneten fordern den Regierungsrat auf, dem Grossen Rat die notwendigen gesetzlichen Grundlagen vorzulegen, so dass auf öffentlichen Spielplätzen des Kantons Basel-Stadt ein Rauchverbot auf 2022 in Kraft treten kann.

Christian Griss, Jessica Brandenburger, Thomas Strahm, Thomas Grossenbacher, Andrea Elisabeth Knellwolf, Olivier Battaglia, Oswald Inglin, Beatrice Isler, Balz Herter, Daniel Hettich»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

Zum Thema gesundheitliche Schäden durch Passivrauchen und Geruchsbelästigung gibt es aktuell zwei politische Vorstösse: den vorliegend zu beantwortenden Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend «rauchfreien öffentlichen Spielplätzen» sowie die Petition P457 des Mädchenparlaments zur «Frischen Luft an der frischen Luft» (GR-Nr. 22.5545). Diese Vorstösse sollen gemäss Beschluss der Petitionskommission vom 6. März 2023 koordiniert beantwortet werden.

Tatsächlich ist die Ausgangslage für Spielplätze die gleiche wie für andere öffentliche Räume – namentlich Tramhaltestellen, Parkanlagen o.ä. Anders gestaltet sich die Situation für private Räume (Restaurants) oder Einrichtungen im Eigentum des Kantons (Sportanlagen, Schwimmbäder). Während rauchfreie Zonen und Raucherzonen in öffentlichen Räumen auf einer gesetzlichen Grundlage basieren und gegebenenfalls mit hohen Personalressourcen (Polizei) für deren Durchsetzung und Einhaltung verbunden sind, können Raucherzonen in privaten Räumen, zu denen auch solche für eine zweckgebundene öffentliche Nutzung wie ein Schulareal oder Sportanlagen wie der Rankhof zählen, auch ohne Gesetzesänderung und mit weniger Personalressourcen definiert und überwacht werden.

Die aus dem Mädchenparlament stammende Petentschaft wünscht sich, dass die Menschen im öffentlichen Raum besser vor dem Passivrauchen und den damit verbundenen negativen gesundheitlichen Auswirkungen und Geruchsbelästigungen geschützt werden. Ihre Idee ist es, an stark frequentierten öffentlichen Orten wie bspw. ÖV-Haltestellen spezielle Raucherzonen zu markieren und zwar ausserhalb der Wartehallen und soweit möglich mit einem angemessenen Abstand zu den Bereichen, in denen sich die nicht rauchenden Personenaufhalten. Sie orientieren sich dabei an Bahnhöfen, in denen das Rauchen nur auf gekennzeichneten Raucherinseln erlaubt ist.

Die Einführung von Raucherzonen soll mit einer humorvoll gestalteten Kampagne mit der Botschaft, an sensiblen Orten sei aus Rücksicht auf die Nichtraucherinnen und Nichtraucher auf das Rauchen zu verzichten, begleitet werden. Die Petentinnen sind überzeugt, dass viele Raucherinnen und Raucher freiwillig auf das Rauchen an unpassenden Stellen verzichten, wenn ihnen speziell gekennzeichnete Bereiche zur Verfügung stehen.

Hat das vorgeschlagene Konzept die gewünschte Wirkung, solle es auf weitere öffentliche Räume angewandt werden. Da der Petentschaft der Jugendschutz ein spezielles Anliegen ist, wäre dies insbesondere auf Sportanlagen (z.B. Kunsteisbahn) und Spielplätzen erwünscht. Hingewiesen hat die Petentschaft auch auf die Probleme, die mit auf den Boden geworfenen Zigarettenstummeln verbunden sind. Vielen Raucherinnen und Rauchern seien die Folgen davon gar nicht bewusst. Eine entsprechende Aufklärung und die Schaffung von Raucherzonen mit Aschenbechern könnte hier eine positive Wirkung entfalten.

Das Ansinnen der Petition des Mädchenparlaments ist es somit in erster Linie, ein besseres Miteinander von Raucherinnen und Nichtrauchern zu erwirken und nicht ein generelles oder partielles Rauchverbot. Aufgrund der erwähnten übereinstimmenden Ausgangslage werden im Folgenden Spielplätze als ein Teil von öffentlichen Räumen insgesamt thematisiert und bisher getroffene sowie zusätzlich mögliche Massnahmen zum Schutz vor Passivrauchen beschrieben.

2. 2023 geplante und umgesetzte Massnahmen

In der schriftlichen Antwort zum Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend «rauchfreie öffentliche Spielplätze» vom 6. März 2023 wurden verschiedene Massnahmen zur Sensibilisierung im Öffentlichen Raum in Aussicht gestellt. Aus den evaluierten Massnahmen der departementsübergreifenden Arbeitsgruppe wurden einzelne weiter konkretisiert und umgesetzt.

2.1 Rauchverbot auf Pausenhöfen

Grundsätzlich gilt bei den Volksschulen ein Rauchverbot auf allen Pausenhöfen, dieses wird jeweils in Teilautonomie der jeweiligen Schulleitung individuell via Hausordnung ausgesprochen. Mittels «Sensibilisierungswochen» betreffend Littering werden Schülerinnen und Schüler zudem sensibilisiert und können aktiv zur Sauberkeit ihrer Pausenplätze beitragen.

Bei weiterführenden Schulen ist die Umsetzung eines Rauchverbots auf den Schularealen aktuell eher schwer umsetzbar, ausgewiesene Raucherzonen dienen aktuell als lenkender Ansatz. Über ein Viertel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 24 Jahren konsumieren täglich Zigaretten oder e-Zigaretten (Stand 2022 www.at-schweiz.ch). Gesamthaft besteht seitens der Volksschulen der Eindruck, dass aktuell weniger Schülerinnen und Schüler rauchen als noch vor 15, 20 Jahren. Ein obligatorisches Präventionsprogramm zu Sucht allgemein und einige weitere Präventionsangebote zum Rauchen (und Vapen) im Speziellen (z.B. «Klassenstunde Tabak») werden in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsdepartement angeboten.

2.2 Rauchverbote auf Sportplätzen

Das Erziehungsdepartement hat im Frühjahr 2023 als Pilotprojekte zwei Sportanlagen – Bachgraben und Rankhof – als «rauchfrei» deklariert und mit markierten und signalisierten Raucherzonen versehen. Auf Infoplakaten im Eingangsbereich wurde auf das Rauchverbot und die definierten, mit Aschenbechern ausgerüsteten Raucherzonen hingewiesen. Die Raucherzonen werden aktuell noch mässig beachtet, weitere kommunikative Massnahmen sind angedacht. Für 2025 ist vorgesehen, das Rauchverbot auf allen Sportanlagen einzuführen.

2.3 Erneuerung und Austausch Schilder öffentlicher Spielplätze 2023

Im Frühjahr 2023 wurden aufgrund der Änderungen im Übertretungsstrafgesetz (ÜstG) sämtliche bestehenden Beschilderungen der knapp siebzig öffentlichen Kinderspielplätze ausgetauscht. In diesem Zuge wurden die Piktogramme mit einer durchgestrichenen Zigarette ergänzt und somit die Besucherinnen und Besucher aufgefordert, auf das Rauchen im Spielbereich zu verzichten.

2.4 Sensibilisierungskampagne Stadtgärtnerei auf öffentlichen Spielplätzen 2023

Im Zeitraum von Juni bis November 2023 hat die die Stadtgärtnerei an zehn durch Littering besonders belasteten Kinderspielplätzen Basels (z.B. Claramatte, St. Johannis-Park, Breitematte) mittels gezielter und plakativer Ansprache Besucherinnen und Besucher aufgefordert, im Spielbereich nicht zu rauchen resp. allfällige Zigarettenstummel in den dafür vorgesehenen und mittels grossem Piktogramm signalisierten Abfalleimern zu entsorgen. Bei der täglichen Reinigungskontrolle durch Mitarbeitende des Grünflächenunterhalts der Stadtgärtnerei wurden jeweils über fünf Monate die weggeworfenen Zigarettenstummel gezählt und erfasst. Die Rückmeldungen zur Kampagne waren nahezu durchweg positiv. Die Auswertung der Zahlen nach Beendigung der Kampagne in den Wintermonaten ergab jedoch, dass sich in keinem der ausgewählten Perimeter eine merkliche Reduktion feststellen liess, es liess sich gar teils ein Anstieg an Zigarettenstummeln ausmachen.

Die Stadtgärtnerei hat 2024 auf mehrfach geäusserten Wunsch der Anwohnenden und Nutzenden weiterhin in einigen Grünanlagen Plakatständer der Sensibilisierungskampagne von 2023 gestellt, um weiter auf die Problematik von Zigarettenstummeln auf Spielplätzen (und somit allgemein den Grünanlagen) hinzuweisen.

2.5 Sensibilisierungskampagne Stadtreinigung 2023 und 2024

In den Jahren 2023 und 2024 war die Kampagne der Stadtreinigung zum Thema «entsorge Zigarettenstummel richtig» auf Trams, Plakaten, «Working Bicycle» (<https://workingbicycle.ch>) über Monate in Basels Innenstadt präsent. Die Rückmeldungen zu den Motiven und deren Botschaften

waren sehr positiv. Von Juli bis Dezember waren Mitarbeitende der Stadtreinigung unterwegs, um gezielt rauchende Personen anzusprechen, sie zu sensibilisieren und ihnen kleine Taschenaschenbecher auszuhändigen. In der 2024 von Adela Smajic durchgeführten Strassenumfrage stiess die Aktion auf grosse Resonanz (youtube-Video).

Die Lungenliga hat ihr Interesse an einer Zusammenarbeit bekundet, die Botschaft des «Ziggistummel-Trams» und die Informationen zu Zigarettenstummeln auf der Homepage der Stadtreinigung wurden dabei als «ausgezeichnet» hervorgehoben.

3. Übergeordnete Sensibilisierungskampagne

Zwar könnten gesetzliche Vorgaben für rauchfreie Räume wie etwa Spielplätze klare Rahmenbedingungen schaffen. Allerdings sieht der Regierungsrat Schwierigkeiten vor allem bei der Durchsetzung, bedingt durch begrenzte Kontrollmöglichkeiten und mangelnde Akzeptanz, weshalb er von gesetzlichen Vorgaben absieht.

Präventive Massnahmen wie eine Sensibilisierungskampagne bieten daher eine sinnvolle Alternative, indem sie durch Aufklärung eine freiwillige Verhaltensänderung fördern, was langfristig effektiver sein kann und auf grössere Akzeptanz stösst. Solche Kampagnen könnten dazu beitragen, dass Rauchende respektvoller mit ihrer Umgebung umgehen und sich bewusster über die Konsequenzen ihres Verhaltens für die Gemeinschaft werden.

Der Regierungsrat prüft die Konzeption und Umsetzung einer übergeordneten Sensibilisierungskampagne betreffend Rauchen im öffentlichen Raum – auch auf Spielplätzen –, bei der verschiedenste Massnahmen gebündelt und aufeinander abgestimmt werden. Dabei sollen die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den verschiedenen bisherigen Massnahmen einfließen.

4. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Christian Griss und Konsorten betreffend betreffend rauchfreie öffentliche Spielplätze erneut stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin